

Rede
anlässlich des Festaktes
„50 Jahre
Politische Meinung“
am 26. Januar 2007

Grundwerte in der Politik

Annette Schavan

Ich sage zunächst herzlichen Glückwunsch zu den fünfzig Jahren *Politische Meinung* aus all den Gründen, die Bernhard Vogel im Blick auf Rolle, Bedeutung, Qualität und Substanz der *Politischen Meinung* für das politische Gespräch sowie für die Beschäftigung mit Politik als Teil der intellektuellen Kultur unseres Landes genannt hat. Ich möchte meinen Beitrag als eine Hinführung zu dem Gespräch, das wir gleich führen wollen, verstehen; eine Hinführung mit wenigen Hinweisen in die Vergangenheit, doch vor allen Dingen mit Empfehlungen für die Zukunft und für die Prozesse, unter anderem der Arbeit am Grundsatzprogramm, in denen wir gerade stecken.

Hier am Rhein, im Rheinland, ist er noch ganz präsent: Heinrich Böll. Er war es, der über das Lebensgefühl in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg gesagt hat: „Selbst die allerschlechteste christliche Welt würde ich der besten heidnischen vorziehen, weil es in einer christlichen Welt Raum auch für die gibt, denen keine heidnische Welt je Raum gegeben hat, für Krüppel und Kranke, Alte und Schwache. Und mehr noch als Raum gibt sie Liebe, Liebe für die, die in der heidnischen, gottlosen Welt nutzlos erscheinen.“ Ein, wie ich finde, klassischer Böll, der prägnant zusammengefasst hat, was zum Lebensgefühl in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte: die feste Überzeugung, dass das Christentum die einzig wirksame Kraft, die einzig wirksame geistige Kraft ist, die das Totalitäre vom Menschen fernhält, die dem Menschen gerecht wird. Und Böll drückt auch aus, was bis heute zu einer Grundempfindung unseres Alltags gehört: In dem Maße, indem wir nicht bereit sind, Schwaches, Unvollkommenes, Andersartiges – dazu zählt häufig auch Belastendes – zu ertragen, wächst die Neigung, sich dagegen zu wehren, auszugrenzen, sich abzuschotten und in letzter Konsequenz auch Gewalt anzuwenden. Das Christentum setzt dagegen das Gebot der Nächsten- und der Fernstenliebe und schafft Raum gegen Verengung und alles Totalitäre. Dementsprechend geht das Grundgesetz in seiner Präambel davon aus, dass eine Pflicht zur Rechenschaft in Verantwortung vor Gott und den Menschen besteht. Der Staats- und Volkssouveränität sind Grenzen gesetzt, die Allmacht des Staates gilt nie ohne Einschränkungen, und politisches Handeln ist begrenzt und der Endlichkeit unterworfen. Politik ist nicht das Heil und kann das Heil nicht hervorbringen. Das ist eine Grundüberzeugung christlich-demokratischer Politik, es ist gleichsam nach meiner Überzeugung unser Selbstverständnis. Politik stellt über sechs Jahrzehnte Christlich Demokratischer Union hinweg lediglich die Folie dar, auf der in jeder Generation programmatische Weiterentwicklung zu leisten war.

Für die Gründungsgeschichte der CDU, die Gründungsgeschichte christlich-demokratischer Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg, sind drei Errungenschaften von großer Bedeutung. *Erstens* wurde eine enorme *Integrationsleistung* erbracht, denn drei

klassische Traditionen, die christlich-soziale, die wertkonservative und die liberale Tradition, wurden zusammengeführt. Die CDU war und ist nie entweder katholisch oder evangelisch, auf Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, auf diese oder jene Gruppe in der Partei gerichtet. Sie steht vielmehr für den Anspruch, eine Volkspartei zu sein, die auch zusammenbringt, was sich bislang im Widerspruch befand. Vor allem die Älteren unter Ihnen können diese große Integrationsleistung noch sehr gut nachvollziehen, als es in den Fünfzigerjahren seitens der Protestanten und Katholiken hieß: Wir wollen aus christlicher Verantwortung heraus gemeinsam diese Volkspartei begründen. Die *zweite große Errungenschaft* in der Geschichte der CDU war die große *Modernisierungsleistung*. Diese Modernisierungsleistung war etwas Neues, denn die CDU reihte sich nicht in eine ganz bestimmte, bisherige Tradition ein, sondern wagte etwas noch nicht Dagewesenes. Sie entschied sich für einen neuen Beginn und wagte damit verbunden auch in ihrer Programmatik Aufbruch, neue Akzente und Lehren zu ziehen aus dem Bisherigen. Der *dritte Impuls*, der mit der Gründung der CDU verbunden war, ist aber auch ein bewahrender oder wiederherstellender: sich zu erinnern an das, was über die Zeiten hinweg Gültigkeit beanspruchte; das, was über viele Generationen zum *Erfahrungsschatz* der Menschen gehörte und von dem man sagte, dass es in den politischen Alltag, in unser Selbstverständnis aufgenommen werden muss.

Integration, Modernisierung und Bewahrung: Diese drei Stichworte sind meiner Überzeugung nach sehr eng mit der Gründungsgeschichte der Christlich Demokratischen Union verbunden.

Es stellt sich die Frage nach dem Proprium: Was macht das Proprium aus, wenn wir an unsere grundsatzpolitische Programmatik, an unser politisches Selbstverständnis denken? Mir kommt dann immer das Zitat von Thomas Nipperdey in den Sinn, der im Blick auf die Christen festgestellt hat: „Die Christen glauben nicht an die Utopie eines irdischen Paradieses, das Staat oder Gesellschaft oder Politik produzieren kann. Sie sind von der Endlichkeit, der Fehlbarkeit, der Sündhaftigkeit des Menschen überzeugt.“ Was uns trägt, was uns ganz grundsätzlich prägt, ist nicht eine der vielen Utopien oder einer der politischen Träume. Was uns trägt, ist christlicher Realismus, der als anthropologisch begründete Alternative gegenüber jeder Art von politischem Traum im Stande ist, den Menschen zu formen.

Wir verstehen Politik nicht als Suche nach Wegen hin zum neuen Menschen, sondern gehen von einem christlichen Realismus aus, der als Alternative zum immer wieder präsenten, unheilvollen Traum vom optimierten Menschen agiert. Der ist nicht ausgeträumt. Er sucht sich nur andere Wege, er kehrt in immer neuer Form wieder.

Waren es im zwanzigsten Jahrhundert politische Ideologien, die der Optimierung das Wort redeten, so sind es heute nicht zuletzt die über Wissenschaft und Technik neu entstandenen Wege des Zugriffs auf menschliches Leben; und die damit verbundene Frage, die sich uns immer wieder stellen muss, lautet: Was von dem, das möglich ist, darf auch sein, und was darf nicht sein? Was ist unverträglich mit unserem Verständnis der Geschöpflichkeit des Menschen, was ist unverträglich mit unserer Überzeugung eines christlichen Realismus, zu dem eben auch gehört, dass der Mensch sich nicht zum Schöpfer seiner selbst hinbewegt? Ich bin davon überzeugt, dass uns dieser Teil des Fundamentes christlich-demokratischer grundsatzpolitischer Überzeugungen im einundzwanzigsten Jahrhundert genauso beschäftigen wird, wie es in den vergangenen fünfzig Jahren der Fall war. Christlicher Realismus soll eben nicht als Monstranz verstanden werden, die man vor sich her trägt, die ins Spiel gebracht wird, wenn man

*Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung,
und Bernhard Vogel, Ministerpräsident a. D.,
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. und Herausgeber der Politischen Meinung,
am 26. Januar 2007 anlässlich des Festaktes zum fünfzigjährigen Bestehen der Zeitschrift
im Alten Plenarsaal, Bonn.*

© Konrad-Adenauer-Stiftung, Foto: Harald Odehnal



glaubt, ganz rasch eine Antwort zu haben, alles besser zu wissen, den Brüchen ausweichen zu können, wenn man Christentum als den Versuch versteht, alles, was dahinter auch an Idealismus steht, in die politische Debatte einzuführen. Nein, christlicher Realismus muss mit allem Wissen um Brüche und Umbrüche, Irrungen und Wirrungen, denen das Christentum vor der Aufklärung ausgesetzt war, gesehen werden.

Ein weiterer Punkt, den ich in den Vordergrund stellen möchte, ist die Modernität. Zur Modernität christlicher Demokraten gehört unser Blickwinkel vom einzelnen Menschen aus, von seinen Möglichkeiten und Grenzen, von seinen Beziehungen und dem notwendigen Raum, den er zur Entfaltung braucht mit Blick auf das, was notwendig ist, um Zusammenhalt zu stiften und Verantwortung wahrzunehmen oder anders gesagt: Wir denken nicht vom Staat aus. Unser Ausgangspunkt ist nicht der Staat und die Frage, wie der Mensch sein muss, damit er dem Staat gerecht wird. Das spielt eine große Rolle in all unseren Debatten über Reformprozesse in Deutschland. Wer sich die Diskussionen über die großen sozialen Sicherungssysteme und die Steuerungsinstrumente heutiger Politik ansieht, der stößt unmittelbar auf die Grundfrage nach dem

Verhältnis von Bürger und Staat, der stößt an vielen Stellen auf die Notwendigkeit, zu einer neuen Balance zwischen Bürger und Staat zu finden.

Es geht um eine Balance, die die Entmündigung bürgerlicher Grundhaltung vermeidet oder anders gesagt um eine neue Balance zwischen Bürger und Staat, die nicht jeden Paternalismus weiterführt, den sich westeuropäische Wohlstandsgesellschaften angewöhnt haben. Der Wohlstand hat es möglich gemacht, immer dichtere Regelwerke zu finden, immer stärker den Eindruck zu erwecken, dass das, was der Staat tut, leistungsfähiger, gerechter und professioneller ist als das, was außerhalb der Gesellschaft geschieht. Man kann von einem Verhältnis zwischen Gesellschaft und Staat sprechen, bei dem sich die Gesellschaft als politisches Subjekt nicht mehr wirklich ernst nimmt.

Ich sage bewusst „neue Balance“ und nicht einfach weniger Staat, weil ich glaube, dass es zu einfach wäre, zu behaupten, dass es einen Markt gäbe, der alles von sich aus regelt. Das ist nach meinem Eindruck auch keine Lösung. Vielmehr müssen wir im Blick auf Debatten über Autonomie und Selbstständigkeit unserer Institutionen danach fragen, wie wir zu neuen Steuerungsinstrumenten, wie wir zu einer Philosophie der Autonomie kommen. Dies müssen wir uns beispielsweise in Zusammenhang mit Hochschulen, Schulen oder anderen Einrichtungen der öffentlichen Hand fragen. Es geht nicht, dass wir plötzlich sagen: Es geht uns nichts mehr an, das wird vor Ort geregelt. Natürlich muss vor Ort Spielraum herrschen. Die Ziele und Perspektiven aber, die mit einer öffentlichen Einrichtung verbunden sind, müssen klar artikuliert werden. Denn solche Einrichtungen stehen auch für eine Art gesamtgesellschaftliche Verantwortung. In diesem Zusammenhang fällt mir eine der neueren Schriften von Erhard Eppler ein. Darin heißt es: „Wenn wir über Politik sprechen, sprechen wir von öffentlichen Gütern, für die wir Verantwortung tragen.“ Verantwortung tragen heißt dann nicht, sich einfach zurückzuziehen, Politik aus dem Spiel zu lassen und Steuerung sein zu lassen.

Politische Verantwortung braucht Vorstellungen von der Entwicklung einer Gesellschaft, von der Entwicklung ihrer Institutionen und vom verantwortungsbewussten Umgang mit öffentlichen Gütern.

Der nächste Punkt, auf den ich zu sprechen kommen möchte, betrifft das Verhältnis von Aufklärung und Christentum. Wir erleben vor allen Dingen im internationalen Gespräch, aber auch in manchen Debatten, die wir in Deutschland führen, dass die Frage nach dem Verhältnis zwischen Religionen, aber auch zwischen Religionsgemeinschaften auf der einen Seite und der öffentlichen Hand, dem Staat auf der anderen Seite im Vergleich zu den Fünfzigerjahren in ganz neuer Weise behandelt wird. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass seit 1978 in jedem Grundsatzprogramm der CDU stand: Aus christlichem Glauben lässt sich kein politisches Programm ableiten. Manch einer, der am Entwurf eines Grundsatzprogramms beteiligt war, mag sich gewundert haben, was es damit auf sich hat. Wir konnten darauf hinweisen, dass es sozusagen zum Grundbestand der Philosophie und des Selbstverständnisses von christlicher Demokratie gehört. Aus christlichem Glauben lässt sich kein politisches Programm ableiten oder wie es der frühere Aachener Bischof Klaus Hemmerle einmal gesagt hat: Politisches und Christliches könnten nur dann füreinander fruchtbar werden, wenn sie sich voneinander unterscheiden, um in solcher Unterscheidung Impuls füreinander zu werden.

So viel zur Charakteristik des Christentums nach der Aufklärung. Doch wie ist es um das Christentum in heutiger Zeit bestellt? In Zeiten, in denen wir international zu-

nehmenden religiösen Fanatismus und Fundamentalismus erleben, ist dies ein Hinweis von größter Bedeutung, ein zentral bedeutsamer Punkt für das Verhältnis von Christlichem und Politischem. Klaus Hemmerle hat diesen Satz im Zusammenhang eines Aufsatzes aus seinem Buch *Unterscheidung* geschrieben, in dem er die unterschiedlichen Lebenswelten Wissenschaft, Wirtschaft, Religion und Politik jeweils in ihrem Verhältnis zum Christentum untersucht hat. Es ist also nicht so selbstverständlich, wie es manchmal scheint, dass die CDU mit ihrem „C“ im Namen in der einen oder anderen impulsiven Debatte mit einem gewissen Monopolanspruch auftreten kann. Christinnen und Christen sind in allen politischen Parteien tätig. Das ist nicht das Monopol der CDU. Das Bedeutende am „C“ ist für uns, dass es uns alle vor Selbstgerechtigkeit und Selbstgenügsamkeit bewahren soll. Für uns ist es immer wieder eine Aufforderung nachzudenken, was wir eigentlich meinen, wenn wir vom christlichen Menschenbild sprechen. Jede Generation muss für sich aufs Neue bestimmen, was das christliche Menschenbild ausmacht und mit welchen Widersprüchen es verbunden ist. Der zentrale und über alle Generationen hinaus bedeutsame Widerspruch ist der Widerspruch gegen alles Totalitäre.

Dies ist ein guter Ausgangspunkt, um sich der Frage nach der Bedeutung von Integration, Modernisierung und Bewahrung in heutiger Zeit zu nähern. Wir sollten uns selbstkritisch eingestehen, dass wir die Herausforderungen in Zusammenhang mit der Bewahrung der Schöpfung unterschätzt haben. Das wird uns in diesen Wochen in besonderer Weise deutlich, wenn wir an das Thema Klimaschutz denken. In Zukunft werden zur Bewahrung der Schöpfung noch weitaus größere Anstrengungen nötig sein. Das wird nicht mit ein wenig Kosmetik möglich sein. Manche, die uns innerlich sehr verbunden waren, sind über diese Fragen einfach hinweggegangen. Dies heute festzuhalten ist notwendig. Denn auch in Zukunft sollten wir diesem Thema mehr Bedeutung schenken, auch in unserem neuen Grundsatzprogramm. Es gilt jetzt, was auch zum christlich-demokratischen Gedankengut und zur christlichen Überzeugung gehört, dem Satz von Paul VI. zu folgen, der sagte: „Der neue Name für Frieden ist Entwicklung.“ Dass dies ein hohes Maß an Veränderung bedeutet, ist unausweichlich.

Gleiches gilt natürlich auch für alle Fragen des Lebensschutzes. In diesem Zusammenhang rate ich uns allerdings, uns nicht immer nur auf den Lebensanfang oder das Lebensende zu konzentrieren, sondern auch auf die Zeit dazwischen. Dann wirken unsere Ansichten über Anfang und Ende automatisch glaubwürdig.

Ich komme nun zum Stichwort Integration. Ich behaupte, dass wir aus der Gründungsgeschichte der Christlich Demokratischen Union heraus über besonders viel Erfahrung mit Integration verfügen. Aber auch hier muss man selbstkritisch feststellen, dass wir uns lange Zeit dagegen gewehrt haben zuzugeben, dass wir eine Einwanderergesellschaft sind. Und das in einer Zeit, in der es in Deutschland schon so viel im Ausland geborene, aber hier lebende Bürgerinnen und Bürger gab, wie in keinem anderen Land. Tatsächlich leben in Deutschland 12,5 Prozent Menschen, die nicht hier geboren wurden, in den USA sind es nur 11,6 Prozent. Der Anteil an Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund macht deutlich, dass es einen hohen Bedarf an Integrationsleistung gibt. Wir diskutieren diese Integrationsleistung vor allen Dingen immer wieder im Zusammenhang mit unserem Bildungssystem. Jedoch geht das, was mit der Integration in eine Gesellschaft gemeint ist, weit darüber hinaus. In modernen Gesellschaften, in denen immer mehr Ausdifferenzierung passiert, immer unterschied-

lichere Welten entstehen, muss Gesellschaftspolitik in einem umfassenden Sinne als Integrationspolitik verstanden werden. Unser Ziel muss es sein, Spezialisten für gelungene Integration zu werden. Um auf ein Thema zu kommen, das Bernhard Vogel vorhin bereits aufgegriffen hat und das mir sehr am Herzen liegt: Von Bildung ist die Rede, wenn über den Schlüssel für eine erfolgreiche Integration nachgedacht wird. Es gibt keinen besseren Weg für die zahlreichen Integrationsprozesse, die wir leisten müssen, als die Bildung und Erziehung, aber natürlich ist auch all das von Bedeutung, was mit der Weiterentwicklung einer Kulturnation zu tun hat. Wir dürfen das Thema der Integration nicht scheuen und beiseite schieben, sondern müssen unsere politische Verantwortung ernst nehmen.

Im Prozess hin zum neuen Grundsatzprogramm wird es wichtig werden, neben den Impulsen für Bewahrung und Integration auch die christliche Tradition, besser gesagt das Zusammenspiel der drei Traditionen, die ich anfänglich erwähnte, im Dienste der Modernisierung zu sehen. Ich bin der festen Überzeugung, dass in der Geschichte des Christentums nicht diejenigen die großen Figuren waren, die das, was man ihnen gab, brav verwaltet haben. Es waren diejenigen, die einen nächsten Schritt gewagt haben, die sich den Herausforderungen der Zeit angepasst haben. Denken Sie nur an den großen Patron Europas, den heiligen Benedikt. Er war kein Verwalter. Aus seiner Verantwortung heraus hat er Veränderungen in Kauf genommen. Aus dem Christentum, dem Zusammenspiel der drei Traditionen, speist sich die CDU in ihrer Kraft zu Modernisierung in vielen Bereichen: Modernisierung in Bezug auf technische Entwicklungen, die zum Beispiel im Dienste von Klimaschutz und Bewahrung der Schöpfung steht, aber auch Modernisierung im Sinne der Veränderung von sozialen und kulturellen Strukturen unserer Gesellschaft.

Dass dieser Schritt nicht immer einfach ist und in Einvernehmen aller Beteiligten geschieht, ist klar. Dann muss eben darum gerungen werden. Christdemokraten können sich das Ringen leisten. Sie müssen nicht immer so tun, als sei am Beginn einer Debatte klar, wie das Ende auszusehen hat, nur weil sie aus einer Substanz heraus agieren, die viel älter ist als die Geschichte ihrer eigenen Partei. Die CDU ist eine junge Partei, doch die Traditionen, die dahinterstehen, sind kraftvoll, und deshalb muss man sich auch nicht für jedes Ringen gleich schämen. Wir sollten das „C“ – das ist mir ein großes Anliegen – nicht immer nur dann in die Debatte einbringen, wenn es um Tradition und um Bewahren geht. Wir müssen die Kraft, die dahintersteckt auch einsetzen, wenn es um Modernisierung geht, um den Mut, das eine oder andere über Bord zu werfen, von dem wir längst wissen, dass es keine Antworten mehr auf die Fragen der Menschen, ihre Problemlagen und die damit verbundenen politischen Herausforderungen geben kann.

Vielleicht hilft uns das Motto der Benediktiner von Andechs beim gelassenen Umgang mit diesem Prozess der Veränderung, welches wie folgt lautet: „Zu unserer Tradition gehört es, fortschrittlich zu sein. Unseren Fortschritt verdanken wir einer großen Tradition.“

Die Redebeiträge der Podiumsteilnehmer des Festaktes „50 Jahre Politische Meinung“ werden auf den Seiten 11 bis 21 dokumentiert.